

V2316 Postulat (SP/JUSO) «Leichte Sprache»

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament hat an seiner Sitzung vom 13. Mai 2024 das Postulat V2316 (SP/JUSO) «Leichte Sprache» erheblich erklärt. Der Gemeinderat wurde beauftragt, zu prüfen,

- a) wie die Informationen, die auf der Website der Gemeinde Köniz unter «News» erscheinen, in Leichter Sprache verfasst und dargestellt werden können,
- b) wie die Zusammenfassung «Das Wichtigste in Kürze» in der Abstimmungsbotschaft in Leichter Sprache verfasst und dargestellt werden kann,
- c) ob weitere Informationen des Internetauftritts der Gemeinde Köniz in Leichter Sprache verfasst und dargestellt werden können.

Die Fachstelle Kommunikation ist mit der Umsetzung beauftragt. Sie hat einen Pilot durchgeführt und geprüft, was das neue Angebot (Informationen in Leichter Sprache auf der Website und für die Abstimmungsbotschaften) an finanziellem und personellem Aufwand bedeuten würde. Die Fachabteilungen wurden zur Qualitätssicherung beigezogen.

2. Was ist Leichte Sprache?

Leichte Sprache beinhaltet mehr, als das Verfassen eines Textes in einfacher, leicht verständlicher Sprache. Texte in Leichter Sprache folgen speziellen Regeln. Sie müssen von entsprechend geschulten Übersetzer:innen oder einer speziellen KI erstellt werden. Solche Tools stehen zur Verfügung. Leichte Sprache bedeutet z. B.:

- Einfache Wörter verwenden
- Schwierige Wörter erklären
- Kurze Sätze schreiben
- Jeder Satz beginnt in einer neuen Zeile

Das Ziel der Leichten Sprache ist, dass auch Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und Personen mit wenig Deutschkenntnissen oder geringer Lesekompetenz wesentliche Informationen erhalten und wichtige Inhalte verstehen können.

3. Abklärungen zu Vorgaben und Vorgehensweise

Infolge des überwiesenen Postulats hat der Gemeinderat Abklärungen zur Umsetzung von Leichter Sprache vornehmen lassen. Diese haben sich insbesondere mit der Frage befasst, welche übergeordneten Vorgaben und Empfehlungen bestehen, welche Vorgehensweisen sich bewährt haben und wie die Umsetzung vorgenommen werden könnte.

Aufgrund der Abklärungen kam der Gemeinderat zum Schluss, dass es sinnvoll ist, Leichte Sprache auf gewissen Kanälen und für gewisse Informationen schrittweise einzuführen. Nachstehend wird auf die wichtigsten Punkte der Abklärung und die daraus gezogenen Schlüsse eingegangen.

Welche Themen sollen in Leichter Sprache dargestellt werden? Eine formelle Pflicht zur Leichten Sprache im Sinne eines verbindlichen Rechtsanspruchs besteht auf kantonaler Ebene nicht. Aus dem Zusammenspiel von UNO-Behindertenrechtskonvention (BRK), kantonalem Recht (z. B. Gesetz über die Information und die Medienförderung, IMG) entstehen jedoch Verpflichtungen.

Der Bund empfiehlt, sich bei der Umsetzung der Leichten Sprache am Accessibility Standard eCH-00592 (E-Government) zu orientieren.¹ Der Standard regelt, welche Inhalte in Leichter Sprache erstellt werden sollten. Es geht um Informationen des *zentralen Lebensbereichs*:²

- Informationen mit Auswirkungen auf Leben und Gesundheit (z. B. Verhalten in Notsituationen, öffentliche Sicherheit),
- Wahrnehmung politischer und persönlicher Rechte (z. B. Zugang zur Justiz, Wahlinformationen und Informationen zur Abstimmung),
- Gewalt- und Gesundheitsprävention,
- Wahrnehmung von Rechten und Pflichten,
- Informationen für Menschen mit Behinderungen als primäre Zielgruppe (z. B. IV, Erwachsenenschutzrecht).

Der eCH-0059-Standard empfiehlt, nebst dem Pflichtbereich auch Themen aus *weiteren Lebensbereichen* zu übersetzen: Bildungssystem, Arbeit, Familiengestaltung, Wohnen, Freizeit (Kultur und Sport), zentrale Dienstleistungen, die durch das Gemeinwesen erbracht werden.

Nebst dem eCH-0059-Standard hat der Bund einen Leitfaden für Leichte Sprache verfasst. Der Leitfaden enthält Empfehlungen zum Prozess und minimale Kriterien für Texte und Publikationen in Leichter Sprache. Er empfiehlt auch Übersetzungsbüros zur Zusammenarbeit.

4. Mögliche Umsetzungen von Leichter Sprache

Auf welchen Kanälen soll Leichte Sprache eingesetzt werden? Das Postulat nennt insbesondere drei Bereiche, für welche die Einführung von Leichter Sprache geprüft werden soll. Diese Bereiche wurden geprüft und untenstehend sind die Ergebnisse der Prüfung kurz dargestellt.

News auf der Website koeniz.ch

Weder der Kanton Bern noch die Städte, die über einen Bereich Leichte Sprache auf ihrer Website verfügen, publizieren News in Leichter Sprache. Eine Übersetzung der News, die unter «Aktuell» auf koeniz.ch regelmässig publiziert werden, ist aus verschiedenen Gründen nicht zielführend.

- Ein Ziel von Leichter Sprache ist, Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen Zugang zu wichtigen Informationen zu ermöglichen. Wer ein Thema nicht kennt, versteht neue Informationen dazu schwerer. Daher ist es wichtig, dass Informationen in einen Kontext eingebettet sind. Fehlendes Vorwissen und fehlende Erfahrungen bei einem Thema können ebenso ein Hindernis zum Verständnis sein wie die Lesekompetenz selbst.³ Das Erstellen von Kontext-Informationen für News ist aufwändig.
- Die Inhalte in den News gehören in der Regel nicht zu den Pflichtbereichen gemäss eCH-0059 (z. B. Informationen mit Auswirkungen auf Leben und Gesundheit; direkte Betroffenheit der Zielgruppe etc.).
- Die Übersetzung von News ist aufgrund der zeitkritischen Natur der Inhalte schwierig.
- Das Erfassen von News ist ein eigener technischer Ablauf. Die Umsetzung in Leichter Sprache für die News würde technische und prozessuale Anpassungen nach sich ziehen, die nicht verhältnismässig sind.

Der Gemeinderat verzichtet deshalb auf das Übersetzen der News in Leichte Sprache. Falls der Inhalt einer News in den Pflichtbereich gemäss eCH-0059-Standard fällt, werden die bestehenden Inhalte in Leichter Sprache angepasst und/oder ergänzt. Dieses Vorgehen gewährleistet,

¹ [Leitfaden für Verwaltungen zur Erstellung von Informationen in Leichter Sprache, Version 1.1, Februar 2026, Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB](#)

² [eCH-0059 Accessibility Standard](#)

³ [Leitfaden für Verwaltungen zur Erstellung von Informationen in Leichter Sprache, Version 1.1, Februar 2026, Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB](#)

dass auch neueste Informationen aus den Pflichtbereichen in Leichter Sprache zur Verfügung stehen und in einen Kontext gesetzt werden. Gleichzeitig wird der Aufwand geringgehalten.

Abstimmungsbotschaften

Es gibt verschiedene Ansätze, um zentrale Inhalte der Abstimmungsbotschaften in Leichter Sprache umzusetzen. Beispiele auf kommunaler und kantonaler Ebene sind dem Antrag beigelegt (Beilage 2). Die Gemeinde wird nach geeigneten Möglichkeiten suchen, um Informationen in Leichter Sprache in der Abstimmungsbotschaften abzubilden. Eine Übersetzung der Pro- und Contra-Argumente wäre anzustreben, ist aber aufgrund des engen Zeitplans kaum möglich. Insbesondere, da die Redaktionskommission die übersetzten Texte freigeben müsste.

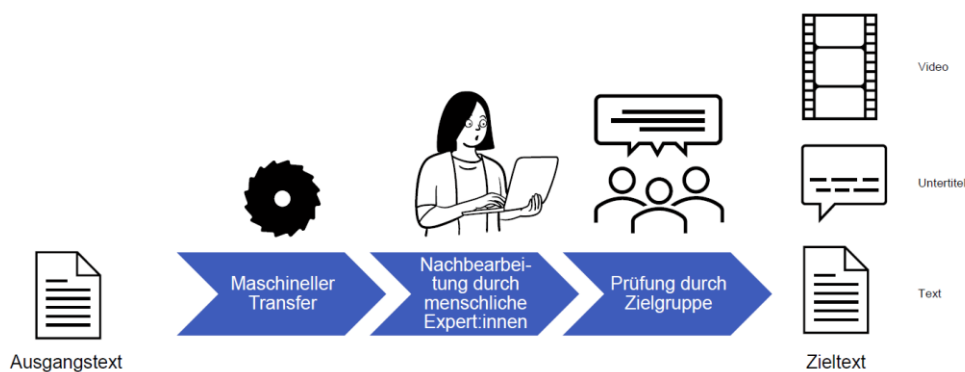
Website koeniz.ch

Die Website hat sich auch aufgrund der Empfehlungen des Bundes als wichtiger Kanal für die Umsetzung von Leichter Sprache erwiesen. Die Fachstelle Kommunikation hat einen Pilot für drei Themenbereiche durchgeführt, um den Aufwand für die Einführung von Leichter Sprache auf der Website abschätzen zu können. Der Umfang der originalen Ausgangstexte umfasst 21 Unterseiten.

- Hilfe im Notfall
- Einwohnerdienste (Umziehen und Ausweise)
- Abfallentsorgung

Für den Pilot wurden verschiedene Vorgehensweisen und externe Dienstleister geprüft. Dabei hat sich eine KI-basierte Lösung, die spezifisch für Umsetzungen in Leichter Sprache programmiert ist, als sinnvoll erwiesen (z. B. capito.ai). Das Tool überprüft Inhalte auf Verständlichkeit und zeigt, wie verständlich der Text für welche Sprachstufe ist. Durch vielfältige Vorschläge zu Wortwahl, Grammatik, Stil und Struktur hilft die KI bei der Vereinfachung der Inhalte.

Semi-automatische Prozesse der Barrierefreien Kommunikation: Qualitätssicherung



Als Ergebnis der Pilotphase sind erste Texte in Leichter Sprache für die wichtigsten Bereiche erstellt. Dazu gehören Informationen zu Notfällen und zum Bereich Wohnen bzw. Umziehen und Ausweise: [Webseite Informationen in Leichter Sprache](#)

5. Fazit

Der Gemeinderat kommt aufgrund der Abklärungen und der Erfahrungen mit dem Pilot zum Schluss, dass ein Bereich Leichte Sprache auf der Website koeniz.ch etabliert werden soll und eine Ergänzung der Abstimmungsbotschaften mit Informationen in Leichter Sprache umzusetzen ist. Auf eine Übersetzung der News wird aus oben aufgeführten Gründen verzichtet.

Die Website ist der zentrale Informationskanal der Gemeinde. Wenn Köniz die wichtigsten Informationen auf der Website in Leichter Sprache zur Verfügung stellt, setzt die Gemeinde ein wichtiges Zeichen zur Inklusion von Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung. Auch können damit generell Personen mit Leseschwierigkeiten erreichen werden.

Informationen in Leichter Sprache sind eine neue freiwillige Leistung. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Gemeinde diese Leistung erbringen sollte.

6. Finanzen

Die Kosten für den Pilot beliefen sich auf 2750 CHF. Fürs Erstellen der Pflichtinhalte gemäss E-Government-Standard entstehen Gesamtkosten von rund 9300 CHF. Ins Gewicht fällt zudem der interne Aufwand von insgesamt ca. 100 Stunden bei der Fachstelle Kommunikation und ca. 12 bis 20 Stunden bei den Fachabteilungen (Überprüfen der Inhalte). Wobei ein beträchtlicher Teil des Aufwands bei der FS Kommunikation den Abklärungen und der Initialisierung geschuldet ist. Damit werden die wichtigsten Inhalte auf der Website per Ende Jahr umgesetzt sein. Weitere Umsetzungen in Leichter Sprache und das Thema Barrierefreiheit generell werden im Rahmen des Relaunchs der Website zu prüfen sein. Die Leichte Sprache wird dann ins Paket Barrierefreiheit integriert.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 25. März 2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) PARB V2316 Postulat (SP/JUSO) «Leichte Sprache», Beantwortung
- 2) Leichte Sprache Abstimmungsbotschaften



Parlamentssitzung Nr. 5 vom 13.05.2024

Protokollauszug

V2316 Postulat (SP/JUSO) «Leichte Sprache»

Beantwortung; Direktion Prädiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen,

- a) wie die Informationen, die auf der Website der Gemeinde Köniz unter «News» erscheinen, in Leichter Sprache verfasst und dargestellt werden können.
- b) wie die Zusammenfassung «Das Wichtigste in Kürze» in der Abstimmungsbotschaft in Leichter Sprache verfasst und dargestellt werden kann.
- c) ob weitere Informationen des Internetauftritts der Gemeinde Köniz in Leichter Sprache verfasst und dargestellt werden können.

Begründung

In der Schweiz haben 36 Prozent der Erwachsenen Schwierigkeiten, einen komplexeren Text zu verstehen, 16 Prozent verstehen ihn gar nicht.¹ Die Gründe dafür sind vielfältig: Menschen mit Lern-Schwierigkeiten, ältere Menschen, Menschen, für die Deutsch nicht Muttersprache ist, Menschen, die nicht so gut lesen können.

Leichte Sprache ist eine Varietät des Deutschen. Sie folgt einem klaren Regelwerk und kann ähnlich wie eine Fremdsprache erlernt werden.² In leichter Sprache zu schreiben ist eine Übersetzung des Deutschen in die Varietät Leichte Sprache.³

Leichte Sprache ermöglicht es Menschen mit Leseschwierigkeiten, Informationen zu verstehen und so am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen: Sie können mitbestimmen, können eigene Entscheidungen treffen, sind weniger auf Hilfe angewiesen und können somit ihr Leben besser selbst bestimmen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Verwendung von Leichter Sprache liefert die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie ist in der Schweiz seit 2014 in Kraft. Artikel 21 definiert das Recht auf Zugang zu Information⁴.

¹<https://www.beobachter.ch/gesellschaft/leichte-sprache-alles-lass-sich-auch-einfacher-ausdrucken>

²<https://www.ach-so.ch/>

³ Neben der Leichten Sprache besteht auch die Varietät Einfache Sprache. Dieses Postulat handelt ausdrücklich von Leichter Sprache.

⁴https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD_Konvention_und_Fakultativprotokoll.pdf

Eingereicht

06.11.2023

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Arlette Münger, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Claudia Cepeda, Vanda Descombes, Bülent Celik, Mayra Faccio, Franziska Adam, Rahel Gall, Matthias Stöckli, Simon Stocker, Isabelle Feller, Lukas Erni, Christina Aebischer, Dominik Fischli, Monika Röthlisberger, Christine Müller, Katja Streiff, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Michael Gerber, Fabienne Marti, Roland Akeret, Casimir von Arx, Reto Zbinden (25)

Antwort des Gemeinderates**1. Ausgangslage**

Auf koeniz.ch finden sich aktuell keine Informationen in Leichter Sprache. Auch die Abstimmungsbotschaft enthält kein entsprechendes Kapitel. Andere Städte wie Zürich, Bern und Thun setzen bei ihren Webauftritten auf Infos in Leichter Sprache. Die Stadt Thun beispielsweise hat auf ihrer Website⁵ Informationen zum Kindes- und Erwachsenenschutz, zur Schule, Einbürgerung und Sozialhilfe in Leichter Sprache aufbereitet, aber auch zu Themen wie Abfall, Parken und Strandbad.

Der Einsatz von Leichter Sprache ist prüfenswert. Dabei stehen Menschen mit Leseschwierigkeiten im Sinne des Postulats als Zielgruppe im Vordergrund. Leichte Sprache zielt aber auch auf die Gleichstellung und Inklusion der Menschen mit Behinderungen. Sie sollen selbständig am öffentlichen Leben teilhaben können. Schliesslich hat die Verwaltung auch ein Eigeninteresse: Wichtige Informationen der Gemeinde sollen bei allen Künizer:innen ankommen und die Angebote der Gemeinde bekannt sein.

2. Leichte Sprache: E-Government-Standards von eCH

Für Menschen mit Leseschwierigkeiten ist die Leichte Sprache ein Hilfsmittel, damit die Informationen für sie zugänglich sind. Dabei gilt es zu priorisieren, welche Inhalte zwingend und sinnvollerweise übersetzt und zur Verfügung gestellt werden. Gemäss den E-Government-Standards von eCH⁶ müssen die folgenden Informationen in Form von Leichter Sprache zugänglich sein:

- Informationen mit Auswirkungen auf Leben und Gesundheit (z. B. Verhalten in Notsituationen, öffentliche Sicherheit)
- Informationen zur Wahrnehmung politischer und persönlicher Rechte (z. B. Zugang zur Justiz, Wahlinformationen und Informationen zur Abstimmung)
- Informationen zu Gewalt- und Gesundheitsprävention
- Informationen zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten
- Informationen für Menschen mit Behinderungen als primäres Zielpublikum (z. B. IV, Erwachsenenschutzrecht).

3. Kantonale Vorgaben

Der Kanton macht den Gemeinden Vorgaben zur Verständlichkeit der behördlichen Information und Kommunikation, lässt den Behörden aber einen gewissen Spielraum (vgl. Gesetz und Verordnung über die Information und die Medienförderung⁷). Aus den kantonalen gesetzlichen

⁵ [Stadt Thun – Informationen in Leichter Sprache](#)

⁶ [eCH-0059 Accessibility Standard](#)

⁷ [Gesetz](#) und [Verordnung](#) über die Information und die Medienförderung (IMG)

Bestimmungen ergibt sich keine direkte Verpflichtung, Informationen in Leichter Sprache bereitzustellen.

Verordnung über die Information und die Medienförderung

Art. 1 Verständlichkeit der behördlichen Information und Kommunikation

¹ Die Behörden informieren und kommunizieren in einer für die Öffentlichkeit allgemein verständlichen Sprache.

² Sie bieten für Menschen mit Behinderungen oder mit geringen Sprachkenntnissen soweit möglich und geboten zusätzliche Hilfsmittel und Übersetzungen an, insbesondere wenn die Informationen oder Kommunikationsangebote

- a sich primär an diese Personen richten,
- b wesentlich sind für ihre Sicherheit oder Gesundheit,
- c erforderlich sind für die Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten oder
- d ihnen ermöglichen, ihr Recht auf politische Teilhabe auszuüben.⁸

4. Einfache statt Leichte Sprache

Ein Relaunch der Gemeinde-Website ist geplant. Start des Projekts ist voraussichtlich 2025. Die Barrierefreiheit wird dabei ein Thema sein. Die Abstimmungsbotschaften werden 2024 überarbeitet. Die Informationen der Gemeinde zu den Abstimmungen sollen in einer zielgruppengerechten und zeitgemässen Form aufbereitet und dargestellt werden. Den Einsatz von Leichter Sprache sieht der Gemeinderat zurzeit nicht vor, weder auf der Website noch bei den Abstimmungsbotschaften.

Anstelle des Einsatzes von Leichter Sprache erachtet es der Gemeinderat als wichtig, dass die Könizer Verwaltung das Prinzip einer einfachen, attraktiven und leicht verständlichen Sprache generell hochhält und umsetzt. Die Texte müssen nahe beim allgemeinen Sprachgebrauch und so aufbereitet sein, dass eine Mehrheit sie auf Anhieb versteht. Das betrifft Grammatik und Stil, aber auch Layout und Typografie. Immer im Bewusstsein, dass der Inhalt fachlich korrekt sein muss und rechtlich keine Unklarheiten entstehen dürfen.

5. Finanzen

Die Einführung von Leichter Sprache würde initial einen gewissen finanziellen Aufwand bedeuten. In der Regel handelt es sich um einen separaten Bereich auf der Website mit entsprechend aufbereiteten Inhalten, der etabliert und unterhalten werden muss. Die Stadt Chur hat für die Etablierung des Bereichs «Leichte Sprache» auf ihrer Website 10'000 CHF aufgewendet.⁹ Es braucht auch im Betrieb ein gewisses Budget für externe Aufträge. Leichte Sprache erfordert ein spezifisches Know-how. Texte in leichter Sprache für die Website oder Abstimmungsbotschaften müssten übersetzt werden. Gemäss Angaben des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen variieren die Kosten je nach Komplexität des Themas.¹⁰ Für eine Normseite (1650 Zeichen inkl. Leerschläge) muss mit 150 bis 300 Franken gerechnet werden (inkl. Prüfung durch die Zielgruppe).

Sollte das Parlament das Postulat erheblich erklären, würde es sich um eine neue freiwillige Leistung handeln.

⁸ Art. 1, Abs. 2 IMV

⁹ Die Stadt Chur hat einen Teil der Inhalte auf ihrer [Website](#) in Leichter Sprache zugänglich gemacht. Die angegebenen Kosten beinhalten die Aufträge für Übersetzungen, nicht einberechnet ist der interne Aufwand (Koordination mit den Abteilungen, welche Inhalte bereitgestellt werden sollen, Kontrolle der übersetzten Texte u. ä.). Dieser Aufwand lag in Chur bei ca. 30 Arbeitstagen.

¹⁰ [Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen: Leichte Sprache. Ein Faktenblatt für die Bundesverwaltung, März 2023.](#)

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgelehnt.

Köniz, 28. Februar 2024
Der Gemeinderat

Diskussion

Zweitunterzeichnerin Géraldine Boesch, SP Frauen: "Sprache und besonders die schriftliche Kommunikation sind in literalen Gesellschaften unverzichtbar geworden. Der hohe Komplexitätsgrad, diskursspezifische Textkonventionen und das präsupponierte Wissen über sprachliche Konventionen setzen eine Expertise voraus", das sagt Prof. Dr. phil. habil. Klaus Schubert von der Universität Hildesheim. "Es bestehen Parallelen zu Xenolekten, weil eine vereinfachte Syntax angewendet und auf Technolekt verzichtet wird. Während die Simplifizierung jedoch bei Xenolekten teilweise zu falschen grammatikalischen Formen führt, wird bei der Leichten Sprache strikt an den Regeln der Standardsprache festgehalten, da falsch gelernte grammatikalische Strukturen dem Inklusionsgedanken widersprechen."

Wem das hier immer noch zu einfach ist, der kann mit dem "Deutsch zu Fremdwort"-Lexikon, nicht "Fremdwort zu Deutsch"-Lexikon, dieses Votum noch unzugänglicher ausgestalten.

Ich hoffe, damit ist allen klar geworden, dass besonders Entscheide und Informationen der Behörden zugänglich und von möglichst vielen Menschen verstanden werden müssen. Der Gemeinderat hält in seiner Antwort auf Seite 2 fest: "Der Einsatz von leichter Sprache ist prüfenswert." Eine Seite später: "Der Gemeinderat beantragt dem Parlament das Postulat abzulehnen". Ein Postulat beauftragt den Gemeinderat ja damit, genau zu prüfen, ob unter anderem eine Massnahme zu treffen ist und welche. Warum dieser Widerspruch? Weil man statt "Leichte Sprache" einzusetzen, doch eine "leicht verständliche Sprache" verwenden könne.

"Leichte Sprache" ist aber nicht dasselbe wie "leicht verständliche Sprache". Diesem Irrtum sind in der letzten Parlamentssitzung auch einige Parlamentarier:innen in ihren Nebenbemerkungen erlegen. Selbst vermeintlich leicht verständliche Texte müssen zunächst von erfahrenen Fachpersonen in Leichte Sprache übersetzt und auch vom Layout her entsprechend aufgearbeitet werden.

Der im Antwortschreiben erwähnte Relaunch der Gemeinde-Webseite, wäre eine optimale Gelegenheit, um Behördeninformationen und -entscheide möglichst allen interessierten Könizer:innen zugänglich zu machen. Stattdessen setzt der Gemeinderat darauf, Inhalte "zielgruppengerecht und in zeitgemässer Form" darzustellen. Apropos "zeitgemäss": Der Einsatz von Leichter Sprache gehört heute für Behörden von grösseren Gemeinden, Städten und Kantonen zum Standard. So hat beispielsweise der Kanton Bern vor zwei Wochen eine Webseite in Leichter Sprache geschaltet und so eine Motion des Grossen Rates erfüllt.

Als Zweitunterzeichnerin bin ich mit der Ablehnung des Postulats nicht einverstanden und die SP/JUSO-Fraktion wird der Ablehnung geschlossen nicht zustimmen.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Toni Eder erscheint zur Sitzung. Es sind somit 35 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Katja Streiff, EVP: Leichte Sprache ist eine wichtige Massnahme, um die Kommunikation zwischen der Verwaltung und unserer Könizer Bevölkerung zu verbessern. Sie stellt sicher, dass alle Zugang zu wichtigen Informationen haben. Das sieht zuerst auch der Gemeinderat so und schreibt in seiner Beantwortung, dass es prüfenswert sei – wir haben es zuvor von meiner Vorrednerin gehört. Und doch lehnt der Gemeinderat anschliessend diesen Prüfauftrag ab. Das ist in unseren Augen widersprüchlich und unverständlich.

Für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion gibt es viele Gründe, warum dieses Postulat überwiesen werden soll und gerne erläutere ich diese auch: Durch die Verwendung von Leichter Sprache können komplexe Informationen und Mitteilungen in eine leicht verständliche Form gebracht wer-

den. Das ist besonders wichtig, da gerade viele offizielle Dokumente von der Verwaltung oder auch Abstimmungsunterlagen oft zu kompliziert formuliert sind und dadurch viele Menschen ausgeschlossen werden. Und aus Studien ist bekannt, dass 80% der Texte von Verwaltungen im Sprachniveau C1 geschrieben werden. Es verstehen aber nur etwa 20% der Bevölkerung Texte in Sprachniveau C1. Somit wird nur ein kleiner Teil der Bevölkerung erreicht. Für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion steht ausser Frage, dass Leichte Sprache die Transparenz in der Verwaltung fördert und es der Bevölkerung ermöglicht, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen. Sprich, wenn Informationen klar und verständlich sind, können besser und vor allem fundierter Entscheidungen getroffen werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet ausserdem dazu, die Kommunikation mit Menschen mit Behinderung zu erleichtern. Leichte Sprache trägt dazu bei, Barrieren abzubauen und Menschen mit Lernschwierigkeiten, kognitiven Beeinträchtigungen oder auch sprachlichen Herausforderungen besser zu erreichen. So ist die Einführung von leichter Sprache eine konkrete Massnahme, um dieser Verpflichtung nachzukommen.

Für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist klar und es ist wichtig, dass möglichst alle den gleichen Zugang zu Informationen über ihre Gemeinde haben. Und wir sind überzeugt: Eine Gemeinde, welche Leichte Sprache einführt, signalisiert Offenheit, Verständnis und Respekt und das wiederum stärkt unsere Gemeinde.

Es gibt übrigens bereits wichtige Tools, wie zum Beispiel "Plain", von der Wortliga und auch andere, welche als Unterstützung zum Verfassen von Texten in Leichter Sprache genutzt werden können. Bei Abstimmungsvorlagen könnte man auch Videos zur Verfügung stellen, um noch mehr von der Bevölkerung zu erreichen. Analog zum Kanton, welcher dies bereits anbietet.

Für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist klar, dieser Prüfauftrag ist ein bedeutender Schritt, zu einer inklusiven, transparenten und auch bürgernahen Verwaltung. Aus diesem Grund unterstützen wir einstimmig dieses Postulat und werden es nicht ablehnen.

Fraktionssprecher SVP, Corina Burren: Wir von der SVP-Fraktion folgen dem Antrag des Gemeinderates und lehnen das Postulat "Leichte Sprache" aus folgenden Gründen ab:

Eine Verbesserung der Rechtschreibkompetenz verbessert auch die Leseleistung. Zu diesem Ergebnis kamen mehrere wissenschaftliche Untersuchungen und empirische Befunde. Statt weiterhin die Rechtschreibung der Kinder zu fördern, sagt man heutzutage, Rechtschreibung sei nicht mehr so wichtig, schliesslich gebe es Computer, welche die Rechtschreibung korrigieren würden. Mehr als zirka eine Lektion Rechtschreibunterricht pro Woche, sollte gemäss den Forderungen des Lehrplans und der PH nicht gemacht werden. Nun sind wir genau an dem Punkt angelangt, wo wir merken, dass die Bevölkerung Sachtexte nicht mehr versteht. Es gibt Menschen mit Lese-Rechtschreibschwäche oder anderen Schwächen, die deshalb Texte aus Abstimmungsbotschaften nur erschwert decodieren und verstehen können. Aber: Der Lesbarkeitsindex - der sogenannte LIX - eines Textes aus Abstimmungsbotschaften bei "Das Wichtigste in Kürze" liegt zwischen 50 bis 60. Ich habe den LIX von mehreren Texten aus vergangenen Abstimmungsbotschaften berechnen lassen. Dieser Lesbarkeitsindex entspricht dem Wert von Sachliteratur. Sachbücher für SuS der 5./6. Klasse haben einen LIX um die 50. Passen wir also die Abstimmungsbotschaften und Texte auf der Webseite der Leichten Sprache an, so hätten wir Texte, die nur noch einen LIX haben, wie es Kinder- und Jugendbücher haben oder noch viel einfacher.

Passen wir die Komplexität an die Leserschaft an, so geht Präzision verloren. Komplexe Sachverhalte können nicht in leichter Sprache wiedergegeben werden, ohne dass inhaltlich Wichtiges verloren geht. Mit der App "Textvereinfacher", der auf KI basiert, kann man Texte vereinfachen lassen. Der grobe Inhalt bleibt dabei gleich, nicht aber Argumentationen. Und um sich eine Meinung bilden zu können, braucht es genau das: Man muss einen komplexen Sachverhalt nachvollziehen können. Wird der Text vereinfacht, sogar in Leichte Sprache umgeschrieben, entfällt Wichtiges, wodurch die Leserschaft möglicherweise etwas falsch versteht oder ihnen werden wichtige Details vorenthalten. Statt den Kindern und Erwachsenen Hilfestellungen anzubieten, werden die Anforderungen an sie heruntergesetzt. Das Niveau der Texte wird nach unten angepasst. Das finden wir nicht richtig.

Wir von der SVP-Fraktion sind selbstverständlich auch dafür, dass Menschen mit Schwächen im Lesen und Schreiben bei Abstimmungen teilnehmen und sich ihre Meinung bilden können. Genau deshalb plädieren wir für eine einfache Sprache. Keine langen und verschachtelten Sätze, sondern möglichst verständlich für die Menschen, welche sich nicht tagtäglich mit politi-

schen Themen auseinandersetzen. Vereinfacht werden, ja, das können Texte, aber nicht alle Inhalte können den Kriterien der "Leichten Sprache" angepasst werden, ohne dass nicht Wesentliches verloren geht.

Die Texte in Leichter Sprache zu verfassen, wäre wieder mit Kosten verbunden - erst recht, wenn man noch Videos dazu erstellen möchte, wie wir es zuvor gehört haben. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Leistung. Wir müssten also wieder Geld ausgeben.

Und darum: Möglichst einfache und sachlich korrekte und präzise Sprache, ja, aber nicht um alles in der Welt "Leichte Sprache".

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Ich erlaube mir vorab die Bemerkung, dass die Wortwahl des vorliegenden Postulats teilweise despektierlich gegenüber gewissen Menschengruppen mit Behinderungen ist und aus Sicht der FDP deplatziert ist.

Klar ist, dass behördliche Informationen und Kommunikation gemäss kantonalen Vorgaben verständlich sein müssen. Der Kanton gibt aber keine Verpflichtung ab, Informationen in Leichter Sprache bereit zu stellen. Es ist ganz im Sinne der FDP. Die Liberalen, diesem Weg der Gemeinde Köniz zu folgen und bei der Information und Kommunikation das Prinzip der einfachen, attraktiven und somit leicht verständlichen Sprache anzuwenden. Für uns steht beim Thema Sprache grundsätzlich eher die Überlegung im Vordergrund, was man dafür machen könnte, damit das Niveau, beispielsweise bei Schulabgängern mit Lernschwierigkeiten, steigt.

Die FDP. Die Liberalen lehnen eine neue freiwillige Leistung, welche derzeit nicht bezifferbar ist, für die kostspielige Anpassung der Webseite in Leichte Sprache einstimmig ab.

Fraktionssprecher Grüne, Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Die Grünen/Jungen Grünen danken dem Gemeinderat für seine Antworten zu diesem Postulat. Der Gemeinderat sieht gerade keine Möglichkeit, der Bevölkerung einen Teil der Gemeindeforum und eine Zusammenfassung der Vorlage im Abstimmungsbüchlein in Leichter Sprache anzubieten. Er will stattdessen darauf schauen, dass die Verwaltung bürger:innennah und einfach formuliert.

Diese Antwort ist ja ein Stück weit verständlich – also sowohl vom Sinn her, als auch vom Argument her – kämpfen wir doch alle immer wieder damit, uns kurz, klar und verständlich auszudrücken. Und wir wären alle froh, wenn wir an diesem Ziel schon angelangt wären.

Leichte Sprache ist aber auch schwierig – es braucht besonders ausgebildete Übersetzende und eine Qualitätssicherung durch Betroffene. Einen Versuch, welchen ich kürzlich bei der Arbeit mitbekommen habe, hat dort gezeigt, dass die Proband:innen am Schluss trotzdem lieber den normalen Text gelesen haben, nachdem man doch einigen Aufwand betrieben hat, um diesen Text in Leichter Sprache zu formulieren. Und sie haben auch gesagt, dass sie den ersten Text besser verstanden haben. Gut, das ist ein Frust.

Dass es Schwierigkeiten gibt, heisst aber nicht, dass man dieses Thema darum links liegen lassen soll. Es haben 25 Parlamentarier:innen bei diesem Postulat unterzeichnet und wir Grünen/Jungen Grünen finden, eine Gemeinde von der Grösse von Köniz, welche bereits in vielen Bereichen innovativ und inklusiv ist, sollte beim Thema Leichte Sprache am Ball bleiben und erste Schritte wagen. Nicht gerade sofort die perfekte Lösung anstreben, sondern einfach mal ausprobieren. Wie wäre es mit einer Versuchsphase oder mit einem Pilotprojekt? Vielleicht findet man einen Doktoranden, welcher sich diesem Thema für Köniz annehmen würde? Oder es ergibt sich eine Zusammenarbeit mit einer der Institutionen in der Gemeinde, welche mit kognitiv beeinträchtigten Menschen arbeitet.

Leichte Sprache ist auch schwierig. Wir haben es heute schon verschiedentlich in den Voten gehört. Die Grünen/Jungen Grünen sind aber ganz klar der Meinung, dass der Gemeinderat dieses Anliegen prüfen soll.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Kleine Replik, oder eben Antwort, auf das Votum von Corina Burren. Leichte Sprache, dieses Angebot ist ja nicht als Ersatz gedacht, sondern als Ergänzung. Und zwar als Ergänzung für Personengruppen, welche trotz grösster Anstrengungen eben auch leicht verständliche Sprache nicht gut verstehen. Und wir erteilen mit diesem Postulat nicht den Auftrag, das Niveau der Lesefähigkeit der ganzen Könizer Bevölkerung zu steigern, sondern es geht darum, dass wir diese Menschen mitnehmen, welche es trotz unglaublich grossem Effort nicht gut schaffen und stattdessen eine Varietät des Deutschen lernen und entsprechend auch diese Varietät des Deutschen lesen und verstehen. Es ist also ein Entgegenkommen, es ist ein Zeichen der Solidarität.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Danke für die fundierte Auseinandersetzung mit diesem nicht ganz einfachen Thema. Ich glaube, die verschiedenen Fraktionssprechenden haben ganz viele Bereiche dieser Herausforderung, welche diese Leichte Sprache mit sich bringt, aufgezeigt. Und auch die Verständlichkeit von dem, was wir als Gemeinde, als Behörde, aber auch als Parlamentarier:innen über die Vorlage, welche an die Bevölkerung geht, welche Aufträge wir dort haben und wie wir dies an die Bevölkerung bringen, dass wir dort noch viele Aufgaben haben und dass wir sicherlich noch nicht dort sind, wo wir sein könnten.

Wir haben gehört, der Kanton macht gerade erste Versuche im Bereich Leichte Sprache und es ist nicht ganz einfach, sondern herausfordernd und es braucht auch ein Ausprobieren.

Ihr habt gesehen, wir haben euch eine sehr ausgewogene Antwort gegeben und ja, grundsätzlich kann man dies prüfen. Wir zeigen euch aber im letzten Abschnitt auch auf, was das bedeutet. Auch ein Doktorand oder ein Pilotprojekt bedeutet Aufwand. Ja, man kann als Parlament sagen, wir möchten dort vorne mit dabei sein, wir möchten hier innovativ sein – doch es hat halt einfach Folgen. Es hat Ressourcenfolgen und Kostenfolgen und wenn ich mir überlege, was wir hier vor einer Woche für eine Mehrheit hatten, worum es damals ging, dann passt dies nicht ganz zusammen.

Und das müssen wir euch als Gemeinderat, als Exekutive, sagen: Wenn man dies umsetzen will, so, wie ihr euch das vorstellt, dann hat dies Ressourcenfolgen, dann brauchen wir mehr Leute, wir brauchen Initialaufwand und wir brauchen im Alltag wirklich Übersetzerinnen und Übersetzer. Und zwar immer wieder. Man kann dies nicht einfach nur einmal machen, sondern man muss das wirklich immer wieder machen. Und wenn das einer Mehrheit des Parlaments Wert ist, dann muss ich euch darauf aufmerksam machen, dass ihr dies im Budget wiederfinden werdet und es dann nicht ganz richtig wäre, dies dann dort wieder zu streichen.

Vielleicht ist es einfach zu sagen, hier können wir eine Ausnahme machen, aber überlegt euch mal, wo ihr überall Ausnahmen macht und wie sich das dann summiert und welche Diskussionen wir dann Ende Jahr in der Budgetdebatte haben werden. Und darum steht auch als letzter Satz: "Es wäre eine freiwillige Leistung".

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 26 für erheblich Erklärung, 9 dagegen)

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament



Leichte Sprache: Abstimmungsbotschaften Bern, Schaffhausen, Zürich

Beispiel	Gewählte Inhalte/Überschriften	Strukturmerkmale
Kanton Bern (Miet-Initiative)	<ul style="list-style-type: none">• Worum geht es bei der Abstimmung? (Einleitung)• Was ist die Miet-Initiative?• Was sind die Ziele der Miet-Initiative?• Warum lehnt der Grosse Rat die Initiative ab?• Weitere Informationen (Weblink)	<ul style="list-style-type: none">• Sehr kompakt (2 Seiten)• Fokus auf das Wesentliche• Empfehlung des Grossen Rats genannt• Keine Pro/Contra-Argumente• Kein Wörterbuch
Kanton Schaffhausen (Spitalgesetz)	<ul style="list-style-type: none">• Worum geht es?• Warum ist das wichtig?• Wie ist es heute?• Was kostet das?• Wie hat der Kantonsrat entschieden?	<ul style="list-style-type: none">• Mittlere Länge (ca. 4 Seiten in Leichter Sprache)• Praktische Fragestellungen (Kosten, Entscheidung)• Keine expliziten Pro/Contra-Argumente• Kein Wörterbuch• QR-Code zu Erklärvideo
Stadt Zürich (6 Vorlagen)	<ul style="list-style-type: none">• Ausgangslage• Darüber stimmen wir ab / Die Vorlage / Was wird gemacht?• Warum eine Abstimmung?• Das sagt [Initiativkomitee/Referendumskomitee] (bei Initiativen/Referenden)• Das sagt die Minderheit des Gemeinderats (falls vorhanden)• Empfehlung Stadtrat und Gemeinderat (mit Abstimmungsverhältnis)	<ul style="list-style-type: none">• Text in Leichter Sprache wird jeweils vor dem Text in Schwerer Sprache dargestellt.• Die Abstimmungen werden durch Farben gegliedert• Pro/Contra-Argumente klar gekennzeichnet• Abstimmungsverhältnis visualisiert (Ja/Nein-Zahlen)• Kein separates Wörterbuch• Erklärvideos verlinkt• Ca. 2-3 Seiten pro Vorlage